



# Landtags-Infoblatt

## Steiermark: Jetzt geht es um Pflege und Spitäler

Für die Steiermark bedeutet das Ergebnis der Landtagswahl am 31. Mai nichts Gutes. SPÖ und ÖVP werden, obwohl ihre „Reformpartnerschaft“ mit minus 18 Prozent deutlich abgewählt wurde, ihre Kahlschlag-Koalition gegen die Bevölkerung unbeirrt und fortsetzen. Gleichzeitig stagnieren die konstruktiven Kräfte in der Opposition, während die FPÖ als einzige Partei große Gewinne erzielen kann.

Schneller als erwartet haben SPÖ und ÖVP ihre taktischen Spielereien rund um eine Koalition mit der FPÖ beendet und sich auf eine Neuauflage der „Reformpartnerschaft“ geeinigt. Zu groß war die Angst, Macht und Einfluss zu verlieren. SPÖ und ÖVP werden nun im Bewusstsein, dass sie bald auch gemeinsam keine Mehrheit mehr im Land haben werden, die Zerschlagung der öffentlichen Gesundheitsversorgung mit aller Kraft vorantreiben, die Spaltung der Gesellschaft vertiefen und den Hetzern und Blendern damit weiteren Auftrieb verleihen. Für die KPÖ ist der Widerstand gegen die bereits angekündigte Schließung der Mehrheit der steirischen Spitäler eines der vorrangigen Ziele der kommenden Periode.

Angekündigt wurde bereits ein Kahlschlag im Gesundheitswesen, der die Kürzungen und Schließungen der letzten Jahre weit in den Schatten stellen soll. Das durch Fehlplanungen und Geldverschwendung in die Krise geratene Pflegewesen bleibt eine Baustelle: Es gibt noch immer keine Strategie, wie das Land aus den ruinösen Verträgen aussteigen will, die die Pflege in der Steiermark so teuer machen.

### KPÖ knapp wieder im Landtag Wir danken unseren Wählerinnen und Wählern!

Die Ausgangslage war durch die Verkleinerung des Landtags schwierig. Trotzdem ist die KPÖ Teil des politischen Lebens in der Steiermark geblieben. Ich bedanke mich bei allen, die uns ihr Vertrauen geschenkt und im Wahlkampf die KPÖ unterstützt haben. Wir werden, auch wenn wir nicht gestärkt aus der Wahl hervorgehen, unseren Einsatz für die Menschen, die sonst keine Stimme haben, fortsetzen.

Ich freue mich über den Wiedereinzug in den Steiermärkischen Landtag. Das war das erklärte Wahlziel. Aber ich verhehle auch nicht, dass wir uns ein besseres Ergebnis erhofft haben.

Die FPÖ hat die Wahl gewonnen. Sie wird ihr politisches Gewicht aber wie schon in den vergangenen Jahren nicht dazu nutzen, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, sondern sie gegeneinander ausspielen und den Herrschenden ihr Geschäft dadurch erleichtern.

Die KPÖ wird auch nach der Wahl dabei bleiben, wofür sie seit ihrem Einzug in den Steiermärkischen Landtag gestanden ist: Für eine Sozialpolitik, deren Ziel es ist, allen Menschen in unserem Land ein menschen-

würdiges Leben zu ermöglichen. Für ein Bildungssystem, das kein Kind ausschließt. Für ein Altern in Würde. Für ein Gesundheitssystem, das allen offensteht, unabhängig vom sozialen Status und vom Wohnort. Für eine öffentliche Infrastruktur, die der Bevölkerung dient und nicht der Profitmaximierung. Und für eine Budgetpolitik, die nicht von EU und Banken diktiert wird, sondern das Ziel verfolgt, möglichst viele Menschen wieder in die Lage zu versetzen, vom eigenen Einkommen zu leben. Dazu zählt auch das Engagement für den sozialen Wohnbau.

### Unsere Abgeordneten im Landtag



Erneut für die KPÖ Steiermark im Landtag: LABg. Claudia Klimt-Weithaler, Obfrau des KPÖ-Landtagsklubs und LABg. Werner Murgg.

## Fischl hat seine steirischen Pflegeheime (Kräutergarten-Gruppe) verkauft Verbena-Betriebsgesellschaft geht an deutschen Fonds

Nun hat sich Harald Fischl endgültig von seinen steirischen Pflegeheimen verabschiedet. Bereits vor einigen Jahren wurden die Eigentumsrechte an den Heimen an die deutsche Immobiliengesellschaft IMMAC verkauft. Nun hat sich Fischl auch von der Gesellschaft, welche die Heime betreibt, getrennt. Sie geht an die Antaris healthcare GmbH, eine hundert Prozent Tochter der deutschen Profunda AG, die bereits seit Jahren am deutschen Pflegemarkt tätig ist. Diese betreibt ab sofort die Pflegeheime.

Von dem Verkauf betroffen ist auch das Trofaiacher Verbena-Heim. Laut einem kürzlich erschienenen Bericht in der Zeitung „Falter“ hat die „Kräutergarten-Gruppe“ von Harald Fischl in den Jahren 2009 und 2010 einen Gewinn vor Steuern von 21,3 Millionen Euro erzielt. Während die Bewohner der Pflegeheime und die öffentliche Hand immer mehr für die Pflege bezahlen, verdienen sich einige Privatinvestoren eine goldene Nase.

Um welche Summen es hier geht, zeigt schon allein der IMMAC-Deal. Die IMMAC hat die Häuser in einen Anlagefonds eingebracht und daraus ein handelbares Finanzprodukt gemacht. Sie wirbt mit Renditen von 6,5 bis acht Prozent - gute Geschäfte mit der Pflege.

Beim jetzigen Verkauf der Betriebsgesellschaft wollte sich Fischl nicht über den Verkaufspreis äußern. Fischl: „Nur soviel, es wurde ein fairer Preis gezahlt“, sagt der Verkäufer und ein Schmunzeln huscht über sein Gesicht, wie man in den Medien lesen konnte.

### Private Investoren verdienen an der Pflege

Die IMMAC will profitieren, die Anleger, die in den IMMAC-Fonds investieren, wollen Geld



sehen und die neue Betreiber-gesellschaft Antaris wird wohl auch nur gekauft haben, weil sie Profite sehen will; auch für unser Trofaiacher Pflegeheim Verbena.

Möglich ist das alles nur, weil in unserer sozialdemokratisch geführten Gemeinde die Pflege an gewinnorientierte Betreiber übergeben wurde.

Außer der KPÖ haben seinerzeit alle im Gemeinderat vertretenen Parteien - SPÖ, ÖVP und FPÖ - dafür gestimmt die Pflege alter Menschen gewinnorientierten Betreibern zu übergeben.

### IMMAC und Profunda keine Unbekannten

Interessant ist auch, daß die Profunda AG und die IMMAC die selben Eigentümer haben. Hinter beiden steht die Hamburger Familie Schiermann mit Marcus H. Schiermann an der Spitze.

Schiermann ist groß im Pflegegeschäft in Deutschland engagiert. Vor einigen Jahren hat er die insolvente Hansa-Gruppe mit 1.600 Beschäftigten übernommen, die 18 Pflegeheime betrieb. Als Auftakt haben die neuen Eigentümer gleich einmal den Beschäftigten das Weihnachtsgeld und Jahressonderzuwendungen gestrichen.

## Krise der notärztlichen Versorgung

LABg. Werner Murgg: „Probleme werden von der Regierung nicht gelöst“

An immer mehr steirischen Spitälern stehen die notärztlichen Dienste vor massiven Problemen. Die Landespolitik reagiert seit Monaten mit routinemäßigen Beruhigungsformeln. Gleichzeitig werden in immer mehr steirischen Regionen Engpässe bei der Versorgung bekannt – zuletzt in Eisenerz, wo die Ambulanz künftig nur noch acht Stunden besetzt sein soll. KPÖ-LABg. Werner Murgg thematisierte diese Probleme am 7. Juli im Landtag.

Gerade in Eisenerz ist eine chirurgische Ambulanz rund um die Uhr dringend geboten. Im Winter ist der Weg über den Präbichl oft unpassierbar, im Nordischen Ausbildungszentrum sind Unfälle nie auszuschließen. Ein anderes Beispiel ist Schladming, wo im Juli an 9 Tagen keine notärztliche Versorgung möglich ist.

Die KPÖ befürchtet, dass die derzeitigen Kürzungen ein erster Schritt zu einer radikalen Leistungsreduktion im steirischen

Spitalswesen sind. LH Schützenhöfer hat bereits „sehr, sehr harte“ Einschnitte angekündigt. Ein kurz vor der Wahl an die Öffentlichkeit gelangtes Papier spricht von der Schließung von bis zu 16 (!) Spitalsstandorten. Der für das Spitalswesen zuständige Landesrat Drexler verwies darauf, dass es aufgrund des neuen Arbeitszeitgesetzes und des höheren Gehaltsniveaus in Nachbarländern zu personellen Engpässen bei Ärztinnen und Ärzten gekommen sei – der Arbeitsmarkt sei derzeit „rein nachfrageorientiert“, so Drexler. Einen Lösungsansatz konnte Drexler aber nicht präsentieren.

LABg. Werner Murgg: „Niemand leugnet die Probleme der Notarztversorgung in der Steiermark. Beruhigungsformeln der Landesregierung werden aber nicht ausreichen. Die Bevölkerung hat ein Recht auf eine flächendeckende notärztliche Versorgung. Die Probleme müssen endlich gelöst werden. In Eisenerz ist schon Feuer am Dach.“

## Wir trauern um Karl Fluch

11. 1. 1944 – 9. 5. 2015

In tiefer Trauer geben wir bekannt, dass der Vizebürgermeister von Eisenerz, Karl Fluch am 9. Mai 2015 im 72. Lebensjahr stehend nach langer schwerer Krankheit verstorben ist. Karl Fluch war einer der profiliertesten Kommunalpolitiker der steirischen KPÖ und in der Bevölkerung über die Grenzen seiner Heimatstadt hinaus anerkannt und angesehen.

Seit dem Jahr 1975, also seit genau 40 Jahren, war er in der obersteirischen Bergstadt KPÖ-Gemeinderat. Im Jahr 1990 – mitten in der tiefsten Krise unserer Bewegung – feierte er bei der Gemeinderatswahl in Eisenerz einen Sensationserfolg mit über 20 Prozent der Stimmen. Das war das Ergebnis seiner hartnäckigen Arbeit und seiner Volksverbundenheit. Vor wenigen Wochen, am 22. März 2015, erzielte er bei der Gemeinderatswahl in Eisenerz wieder fast 20 Prozent der Stimmen und wurde anschließend zum 2. Vizebürgermeister der Bergstadt gewählt.

Bis zum letzten Tag war Karl bemüht, die Interessen der arbeitenden Menschen zu vertreten und für soziale Alternativen einzutreten. Sein Ziel war, der Erzberg-Region eine Zukunft zu geben und die Abwanderung der Jugend aufzuhalten. Solange es seine Gesundheit zuließ, war Karl Fluch als Schiedsrichter tätig.

KPÖ Eisenerz, Landesvorstand der KPÖ,  
Zentralverband der Pensionisten, Kinderland Steiermark



Ihr sollt nicht um mich weinen,  
ich habe ja gelebt.  
Der Kreis hat sich geschlossen,  
der zur Vollendung strebt.  
Glaubt nicht, wenn ich gestorben,  
dass wir uns ferne sind,  
es grüßt euch meine Seele  
als Hauch im Sommerwind.  
Und legt der Hauch des Tages  
am Abend sich zur Ruh,  
send ich als Stern vom Himmel  
euch meine Grüße zu.



Impressum/Medieninhaber,  
Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877 5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: Itk@stmk.gv.at // DVR: 0600008

**Offenlegung:** Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



# KPÖ-Dringliche zu Glücksspiel-Lizenzen: Rechnungshof prüft dubiose Vergabe

*Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ): „Schwer vorstellbar, dass das alles Zufall sein soll!“*

Der Landesrechnungshof wird sich nun mit der dubiosen und intransparenten Vergabe von drei Glücksspiellizenzen durch die Steiermärkische Landesregierung befassen. Alle drei Lizenzen gingen an Firmen mit gemäß Medienberichten großer Nähe zum Novomatic-Konzern. Die Vergabekriterien wurden bis heute nicht öffentlich gemacht.

Ausgelöst wurde die Prüfung durch eine Dringliche Anfrage von KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler in der Landtagsitzung am 7. Juli, in der KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler Aufklärung über die lediglich aus Medienberichten bekannten Vorgänge verlangte.

Claudia Klimt-Weithaler: „Wir warten nun das Ergebnis der Rechnungshofprüfung ab. Sollte sich der Verdacht erhärten, dass hier nicht alles mit rechten Dingen zugegangen ist, werden wir einen Untersuchungsausschuss verlangen. SPÖ und ÖVP müssen offenlegen, wie es dazu gekommen ist, dass aus 19 Bewerbungen eine Firma mit besonderer Parteinähe übriggeblieben ist.“

Die Lizenzen gelten 12 Jahre



lang und garantieren den Lizenznehmern Umsätze in – mindestens – dreistelliger Millionenhöhe. Vorstand und Alleineigentümer der zum Zug gekommenen „PG Enterprise AG“ ist Christian Gernert, der bis 2013 Vorstand der Admiral Casinos (die im Alleineigentum der Novomatic stehen) war. Aufsichtsratschef ist Ex-ÖVP-Wirtschaftslandesrat Herbert Paierl, sein Stellvertreter ist der Anwalt Franz Krainer, Sohn von Ex-ÖVP-Landes-

hauptmann Josef Krainer. Im Aufsichtsrat sitzt auch der frühere SPÖ-Bezirkshauptmann von Bruck/Mur, Jörg Hofreiter. Die Firma wurde erst drei Wochen vor Ablauf der Bewerbungsfrist gegründet.

Die PA Entertainment gehört dem Grazer Helmut Polanz, der seit Jahren Mietkunde der Novomatic ist. Der Konzern hielt früher an der H. Polanz GmbH 50 Prozent. Auch über seine Frau Patricia, die bis 2012 Admiral-

Geschäftsführerin und als solche Kollegin des nunmehrigen „Panther“-Chefs Gernert war, besteht eine Verbindung zum Novomatic-Konzern.

In ihren Fragen wollten die KPÖ unter anderem wissen, nach welchen Kriterien die Lizenzen in diesem völlig intransparenten Verfahren vergeben worden sind. Landeshauptmann Schützenhöfer wick in seiner Beantwortung den wesentlichen Fragen aus und verwies darauf, dass er erst seit kurzem für das Glücksspiel zuständig sei. Von 19 Bewerbungen hätten nur fünf den Kriterien entsprochen – wie diese lauten, wurde aber nicht verraten.

In der Debatte demonstrierte ÖVP-Abgeordnete Pichler-Jessenko eindrucksvoll, mit welchen falschen Argumenten das Glücksspielgesetz durchgepeitscht wurde. Der Höchstentsatz von 10 Euro war nämlich kein vom Bund auferlegter Wert, sondern die gesetzliche Obergrenze. SPÖ-LAbg. Lercher behauptete in einem nervösen Auftritt überhaupt, dass ein Ausstieg aus dem „kleinen Glücksspiel“ rechtlich nicht möglich sei – obwohl es das SPÖ-regierte Bundesland Wien vorexerziert hat.

## Kurzmeldungen +++Kurzmeldungen +++Kurzmeldungen +++

### Kürzung der Mindestsicherung?

Die KPÖ stimmte in der ersten Sitzung des neuen Landtags weder für die SPÖ-ÖVP-Regierung noch für die Neuaufteilung der Ausschüsse.

Von den Wahlversprechen ist keine Rede mehr: Weder die angekündigten 10.000 neuen Wohnungen noch die Einrichtung eines Kautionsfonds sind im Regierungsprogramm vorgesehen.

Besonders abstoßend ist darin das Kapitel „Armutsbekämpfung“: Als einzige Maßnahme wird konkret die Kürzung der Mindestsicherung vorgeschlagen. Immer mehr Menschen stehen ohne Arbeit da. Jetzt wird auch noch das bisschen Geld in Frage gestellt, das den Betroffenen bleibt.

### Petitionsausschuss

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler wurde einstimmig zur neuen Vorsitzenden des Petitionsausschusses im steirischen Landtag gewählt. Der Petitionsausschuss behandelt Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern, die sie an den Landtag richten. Eine Petition kann von einer Einzelperson ebenso eingebracht werden wie von einer Gruppe oder Bürgerinitiative. Neu ist, dass PetitionswerberInnen automatisch in den Ausschuss eingeladen werden, wenn ihr Anliegen von 100 Personen unterstützt wird.

### Bei der ÖH-Wahl 2015 ...

...erreichte der Kommunistische StudentInnenverband (KSV) an der Karl-Franzens-Universität Graz das beste Er-

gebnis seit seiner Gründung in den frühen 1970er-Jahren. Ein zweites Mandat wurde knapp verfehlt, bei einem Ergebnis von 7,5% ein dreistelliger Stimmenzuwachs verzeichnet werden. Das Mandat wird Alexander Melinz ausüben.

### Wegen Betrug verurteilt

„Mutwillige Hetzjagd“ nannte der obersteirische Eierproduzent Toni Hubmann im Februar 2011 die Vorwürfe, die der KPÖ-Landtagsabgeordnete Werner Murgg in einer Pressekonzferenz erhob. Nun wurde Hubmann wegen Betrugs zu 22 Monaten Haft bedingt (nicht rechtskräftig) verurteilt. Zwei Zeugen schilderten, dass Eier gekühlt, danach aber als Frischware verkauft wurden. „Wir wurden angewiesen, die Etiket-

ten abzulösen und neu zu etikettieren“, erzählte damals ein ehemaliger Angestellter. Werner Murgg: „Es ist erfreulich, dass es nach über vier Jahren ein Urteil in dieser Angelegenheit gibt und die Täuschung der Konsumenten nicht unbemerkt geblieben ist.“

## WARNUNG vor der EU

Die EU gefährdet die  
Unabhängigkeit und die  
Neutralität Österreichs.  
Die Sozialsysteme werden  
verschlechtert und die  
Demokratie untergraben.

# Gemeinderatswahlen: Viele neue Mandate für KPÖ KPÖ zieht in sechs Gemeinderäte neu ein

Bei den steirischen Gemeinderatswahlen (außer Graz) am 22. März gewann die KPÖ insgesamt 38 Mandate (2010: 28). So viele waren es zuletzt vor 50 Jahren, im Jahr 1965.

Die KPÖ war nicht nur in ihren traditionellen Kerngebieten in der Obersteiermark erfolgreich, sie schaffte in sechs Gemeinden den Einzug in den Gemeinderat. In der Weststeiermark, in der die KPÖ bisher kein einziges Mandat hatte, gelang der Neueinzug in gleich drei Städten.

Die massiven Verluste der SPÖ in ihren ehemaligen Hochburgen schreibt Claudia Klimt-Weithaler der Landespolitik zu: „Die SPÖ trägt die politischen Kosten der ‚Reformpartnerschaft‘. Ihr jahrelanges Agieren gegen die eigene Basis hat viele Wählerinnen und Wähler vertrieben. Wir werden in den verbleibenden Wochen bis zur Landtagswahl unser Bestes geben, um die ehemaligen Wählerinnen und Wähler der SPÖ zu überzeugen, dass ihre Stimme für eine soziale Politik bei der KPÖ am besten aufgehoben ist. Unsere Kandidaten in den Gemeinden sind eine glaubwürdige Alternative, weil sie ihre

**Helfen  
statt  
reden**

Romana Dörner  
Gemeinderatskandidatin  
Geistthal-Södingberg



**KPÖ - die sympathische Alternative zur herrschenden Angstpolitik.**

*soziale Haltung leben, anstatt sie flächendeckend zu plakatieren.“*

In Knittelfeld konnte die KPÖ mit Stadträtin Renate Pacher die ÖVP überholen und erreichte 15 Prozent. Mit 17 % konnte die KPÖ in Trofaiach mit Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer den zweiten Platz in der Gemeinde verteidigen. Den zweiten Platz gewinnen konnte die KPÖ in Eisenerz mit 20 %. In mehreren ihrer Hochburgen ist die KPÖ vor der FPÖ geblieben.

In Bruck an der Mur konnte sich die KPÖ mehr als verdoppeln und ist jetzt vierstärkste Kraft im Gemeinderat. In

In Knittelfeld erreichte die KPÖ bei der Gemeinderatswahl 15 Prozent der Stimmen. Neueinzüge gab es in Voitsberg, Köflach, Deutschlandsberg, Kindberg, Trieben und St. Michael i.O.



**KPÖ: In Stadt & Land  
Helfen statt reden**

Deutschlandsberg schaffte die KPÖ den Einzug in den Gemeinderat, ebenso in Voitsberg und Köflach, Trieben, St. Michael i.O. und Kindberg.

In Leoben baute KPÖ-LAbg. Werner Murgg das Ergebnis von 2010 leicht aus und bleibt damit

Stadtrat in der zweitgrößten steirischen Stadt. In Judenburg und Zeltweg hält die KPÖ 2 Mandate, in Fohnsdorf und St. Stefan ob Leoben eines. Mandatsgewinn gab es in Mürzzuschlag (von 2 auf 3); Spielberg und Kapfenberg (von 1 auf 2).

## Arbeitslosigkeit: Land muss endlich gegensteuern

*KPÖ fordert ein Umdenken der Landesregierung*

**56.290 Personen waren zu Jahresbeginn in der Steiermark als arbeitssuchend gemeldet. Jeden Monat gibt es traurige Rekordwerte.**

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Arbeitslosenzahlen in fast allen Branchen stark gestiegen. In einigen Bereichen gibt es einen direkten Zusammenhang mit Kürzungen der Landesregierung. Ohne die massiven Einschnitte im Sozialbereich und der Jugendwohlfahrt wäre nicht erklärbar, warum in dieser Sparte im Frühjahr eine Zunahme der Arbeitslosigkeit von 16,6 % verzeichnet wurde.

Seit 2011 werden systema-

tisch Arbeitsplätze im Bereich der Behindertenbetreuung, der Jugendwohlfahrt und der öffentlichen Verwaltung vernichtet. Die KPÖ kritisiert, dass die neue Landesregierung angesichts der dramatischen Entwicklung am Arbeitsmarkt den Kürzungskurs der alten Regierung unbeirrt weiterverfolgt.

„Die hohe Arbeitslosigkeit ist nicht nur für die Betroffenen eine Katastrophe, sie vernichtet auch Kaufkraft und macht die sozialen Sicherungssysteme teurer. Auch Angehörige sind betroffen: In der Steiermark leben beinahe 45.000 Kinder an oder unter der Armutsgrenze. Die Regierung nimmt diese Entwicklung einfach hin, anstatt gegenzusteuern.

Unser Land befindet sich aufgrund dieser Politik in einer wirtschaftlichen Abwärtsspirale“, fordert KPÖ-LAbg. Klimt-Weithaler die Landesregierung zum Umdenken auf.

Die KPÖ hält in dieser angespannten Lage öffentliche Investitionen für unverzichtbar, etwa in den sozialwirtschaftlichen Bereich. Dieser wird seit 2011 systematisch ausgehungert. Die Folgekosten der kurzsichtigen Kürzungen der „Reformpartner“ werden sich als enorm hoch erweisen, auch wenn sie sich kurzfristig als Einsparungen darstellen lassen.



**Schulden  
vergeben,  
Frieden halten!**